

Anfangen!

von Susanne Hennig-Wellsow

Nach der Bundestagswahl 2013 ist wieder Leben in die Debatte um rot-rot-grüne Bündnisse gekommen. Von manchen Wortgewaltigen wird jedoch sehr lautstark und sehr medienwirksam mehr der Abgrenzung, als der Kooperation das Wort geredet. Skeptisch resümierte daher Hans-Jürgen Urban, Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes der IG Metall und Verfechter einer engen Kooperation links der Mitte, die Debatte um ein Linksbündnis: „Es wäre absolut notwendig und auch möglich. Das Problem besteht darin, dass dieses Projekt nur dann realisiert wird, wenn die Akteure es wirklich wollen. Und an diesem ernsthaften Willen hapert es bisher.“¹

Für DIE LINKE in Thüringen ist klar: Wir werben für ein politisches und gesellschaftliches Bündnis mit der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, das die CDU von der Macht ablöst und Grundlagen für eine andere Zukunft legt – für eine soziale, demokratische und ökologische Gesellschaft. Wir verstehen unter Rot-Rot oder Rot-Rot-Grün ein linkes Reformprojekt. Wir wollen politische Veränderungen, und nicht allein optische Veränderungen auf der Regierungsbank. Wir wollen die Gesellschaft gestalten und nicht nur verwalten. Der Nutzen einer Regierung zeigt sich am Gebrauchswert für die Menschen – daran muss sich eine linke Regierung messen. Zugleich muss ein linkes Bündnis neben dem politischen Alltagsgeschäft langfristige Transformationsprojekte für eine soziale, demokratische und ökologische Gesellschaft anschieben, mit denen wir die „neoliberale Hegemonie, durch die alle Lebensbereiche ökonomisiert und Gewinninteressen unter-

worfen und das soziale Leben fragmentiert werden, unterlaufen und durchbrechen“², wie der Politikwissenschaftler Raul Zelik schrieb. Wichtig sind der Ausbau der sozialen Infrastruktur und der öffentlichen Daseinsfürsorge in den Bereichen Arbeit, Bildung, Gesundheit, öffentlicher Nah- und Fernverkehr und Wohnen. Statt Profit-Logik müssen wir andere Formen der Vergesellschaftung in diesen relevanten Bereichen des Lebens entwickeln. Diese Projekte müssen zudem zeigen, dass gesellschaftliche Veränderung durch Politik noch möglich ist – dass nicht allein Banken und Wirtschaft bestimmen, und dass das Mantra, es gebe keine Alternative zum Kürzen, eine Lüge ist. So kann Vertrauen in Demokratie und Politik gestärkt werden. Nur in der Kombination aus praktischem Nutzwert für die Menschen und perspektivischer Gestaltungsmacht kann eine linke Regierung über den Wahltag hinaus attraktiv sein.

Gemeinsamkeiten

Der Blick in die Thüringer Landtagswahlprogramme zeigt breite politische Überschneidungen in den landes- und kommunalpolitischen Themen bei Rot-Rot-Grün. Nur einige Beispiele: Längeres gemeinsames Lernen, mehr Lehrende und ErzieherInnen, kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule, gute Arbeit, Mindestlöhne, mehr Mitbestimmung in den Betrieben, Bildungsfreistellungsgesetz, ein besseres Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, weg mit der Residenzpflicht für Asylsuchende, eine ökologische Energiewende, bezahlbares Wohnen und bessere Finanzausstattung der Kommunen. Um allein all' das abzarbeiten, wo es Gemeinsamkeiten gibt, dürften wir mindestens eine Legislaturperiode brauchen. Die Schnittmengen eines linken Reformprojektes werden auch in den „Eckpunkten zur Landtagswahl – Anforderungen an die Thüringer

1 Gespräch mit Hans-Jürgen Urban: Wir brauchen Aktivität, polarisierende Debatten, produktive Provokation, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, Nr. 6/2014.

2 Raul Zelik: Emanzipation und Reformpolitik, in: Neues Deutschland, 01.06.2014, www.neues-deutschland.de/artikel/934624.emanzipation-und-reformpolitik.html.

Politik³ des DGB Hessen-Thüringen überdeutlich. Weite Teile der gewerkschaftlichen Forderungen sind der gemeinsame Kern einer möglichen rot-rot-grünen Landesregierung.

Es geht doch!

Diese Gemeinsamkeiten stehen in Thüringen nicht nur auf dem Papier. Hier ist seit Jahren zu besichtigen, dass die Zusammenarbeit auf der kommunalen Ebene, bei außerparlamentarischen Aktionen und auch in einigen Fällen im Landtag gut funktioniert. Rot-Rot-Grün ist schon fast so etwas wie politischer Alltag. Interessanterweise auch dann noch, als die SPD 2009 mit der CDU in die Landesregierung ging. Die Gesprächsfäden hielten und wurden noch ausgebaut. Hier passiert, worüber andere nur reden: Der erfolgreiche Netzzückkauf von e.on durch die Thüringer Kommunen, die Rekommunalisierung der Abfallentsorgung im Ilmkreis oder rot-rot-grüne Bündnisse im Kommunalen. Ebenso das gemeinsam mit BürgerInnen, Gewerkschaften und Verbänden erstrittene Volksbegehren „Mehr Demokratie“ oder die wiederholten gemeinsamen Mobilisierungen gegen Nazi-Aufmärsche. Auch hatten Absprachen in den Stichwahlen zu den OberbürgermeisterInnen und LandrätInnen 2012 zwischen SPD, Grünen und LINKE Erfolg: In mehreren Städten und Kreisen wurde die CDU verdrängt und VertreterInnen von SPD oder DIE LINKE gewählt. Das sind auf verschiedensten Ebenen Erfolge rot-rot-grüner Kooperation mit Unterstützung aus der Zivilgesellschaft, die uns keiner nehmen kann. Daran gilt es anzuknüpfen.

Das Beispiel Bildung

Die Bundestagsabgeordnete Katja Dörner (Bündnis90/Die Grünen) kritisierte in dieser Zeitschrift die Bildungspolitik der großen Koalition. Sie bliebe weit hinter dem zurück, was

die SPD in ihrem Bundestagswahlprogramm vorschlug⁴. In einer rot-rot-grünen Bundesregierung wäre, so Dörner, in der Bildungspolitik deutlich mehr zu erreichen – auch für die SPD. Ähnlich ist aus meiner Sicht die Situation in Thüringen. Auch hier werden bildungspolitische Vorhaben der SPD von der CDU und ihrem Finanzminister ausgebremst. Übermütig kündigte die CDU nun sogar an, sie wolle nach den Landtagswahlen das Bildungsressort übernehmen. Sie will einen Rechtsschwenk einleiten und die Politik nicht an den Erkenntnissen moderner Bildungsforschung und den Bedürfnissen von Lernenden und Lehrenden ausrichten, sondern an einem völlig überholten Begabungstheroriemodell und übersteigertem Leistungsfetischismus. Die Politik der SPD der letzten fünf Jahre soll damit beerdigt werden. Allein hier zeigt sich, dass die politische Geisterfahrt der CDU beendet werden muss. Ihr darf nicht die Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder überlassen werden. Bildungspolitik, die sich an den reaktionären Vorstellungen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Mike Mohring – im Übrigen ein Freund der neu-rechten „Jungen Freiheit“ – orientiert, muss verhindert werden. Gegen diesen Kurs gilt es, die Gemeinsamkeiten progressiver Bildungspolitik von Grünen, LINKE und SPD zu betonen: Längeres gemeinsames Lernen, kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule, gute Arbeit für ErzieherInnen und Lehrende, das von der CDU verhinderte Bildungsfreistellungsgesetz oder auch Investitionen in Schulgebäude bei einem Sanierungsstau von 400 Millionen Euro.

Unterschiede und Widersprüche

Natürlich gibt es auch Unterschiede zwischen Rot-Rot-Grün – in landespolitischen Detailfragen, in der politischen Kultur der Parteien, in Fragen der Bundespolitik und in

3 <http://hessen-thueringen.dgb.de/++co++b762abao-e286-11e3-aeab-52540023ef1a>.

4 Katja Dörner: You can never be overressed or overeducated – eine rot-grüne rote Perspektive in der Bildungspolitik, in: SPW – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Nr. 3/2014.

langfristigen gesellschaftlichen Vorstellungen. Gäbe es sie nicht, wären wir in derselben Organisation. Klar ist aber auch: die programmatischen Differenzen zur CDU sind erheblich größer. Für eine linke Landesregierung muss gelten: Zuerst einmal das gemeinsam Mögliche realisieren und parallel politische Differenzen abseits der Hektik der Tagespolitik klären. Hier gilt es für alle Partner, die unterschiedliche politische Kultur und Geschichte der Parteien zu akzeptieren. Das A & O sind ein Mindestmaß an Vertrauen unter den Partnern und das Verständnis für Differenz.

Natürlich ist eine linke Landesregierung bestehenden Rahmenbedingungen und „Sachzwängen“ unterworfen – von Thüringer Verfassungsvorgaben für den Bildungsbereich bis hin zu verpassten Umverteilungschancen auf Bundesebene. Wir dürfen nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen und die „Sachzwänge“ leugnen oder gar öffentlich rechtfertigen. Wir müssen sie selbst thematisieren und zum Beispiel klar machen, wo die Verantwortung dafür liegt, dass das Land zu wenig Geld hat, um Schulen zu erhalten oder Schlaglöcher zu flicken. Die Regierung muss – einerseits um die Verhältnisse irgendwann ändern zu können, andererseits aber auch um glaubwürdig zu bleiben – die Veränderung dieser „Sachzwänge“ aktiv angehen: Von der Bundesratsinitiative bis hin zur Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen. Eine linke Landesregierung darf zudem Kritik an den Zuständen in unserem Bundesland nicht als Majestätsbeleidigung auffassen. Es geht nicht um unser Ego oder darum, immer Recht zu haben. Kritik und Proteste müssen ernst genommen werden, es gilt – nach den Jahren der abgeschotteten CDU-Herrschaft – eine transparentere Dialogkultur mit den BürgerInnen und den Betroffenen von Entscheidungen zu entwickeln. Die Zeit der Basta!-Kultur ist eben nun einmal vorbei. Vielleicht kann ein (selbst-)kritischer Blick auf ehemals rot-rot regierte Länder uns hier und da helfen.

PapyRossa Verlag



**W. Gehrcke /
Chr. Reymann (Hg.)**

Syrien

Wie man einen säkularen Staat zerstört und eine Gesellschaft islamisiert

978-3-89438-521-7
187 Seiten | 9,90 Euro

Längst ist der anfangs friedliche Protest in einen von außen geschürten und finanzierten bewaffneten Aufstand übergegangen, der einen demokratischen Wandel abwürgt. Das Buch analysiert den Konflikt, untersucht seinen Stellenwert für die Politik des Westens und skizziert Wege zu Verhandlungslösungen.



Ch. Wiedemann

Vom Versuch, nicht weiß zu schreiben

Oder: Wie Journalismus unser Weltbild prägt

978-3-89438-494-4
186 Seiten | 12,90 Euro

Charlotte Wiedemann nimmt ihre LeserInnen mit auf eine Reise durch Kulturen und Kontinente, vom Iran über Afrika bis Südostasien. Und sie lässt hinter die Kulissen der Arbeit einer Auslandsreporterin blicken. Wie entsteht unser Weltbild? Was trägt der Journalismus hierzu bei?

»Ein Augenöffner« (Capital)

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

Ein linkes Reformprojekt braucht die aktive Unterstützung aus der Gesellschaft und die Debatte mit Bewegungen, Verbänden und Initiativen: „Ohne dieses integrative Aushandeln kann das notwendige hohe Maß an Unterstützung nicht mobilisiert werden“⁵, schrieb Stefan Stache in dieser Zeitschrift. Denn gerade eine linke Regierung wird besonderen Attacken von konservativen Medien und Teilen der Wirtschaft ausgesetzt sein – ganz egal wie ihre Politik im Konkreten aussieht. Daher können Proteste von Unten, von Sozialverbänden und Gewerkschaften oder aus der Zivilgesellschaft eine linke Regierung durchaus auch dabei stärken, Veränderungen voranzutreiben.

Das Nötige möglich machen

Am 14. September 2014 geht es in Thüringen darum, ob linke Politik weiterhin nur eine rechnerische Mehrheit haben soll und die CDU weiter an der Macht bleibt – oder ob ein linkes Reformbündnis Gestaltungsmacht bekommt. Dabei wird es um sehr reale Politik gehen, es geht um die Menschen. Es geht darum, ob fast 25 Jahre CDU-Filz und Selbstbedienungsmentalität beendet werden, ob die Kommunen endlich solide finanziert und Bildung wieder in den Mittelpunkt der Politik rückt, ob die Zeit der Thüringer Geheimdienst-Skandale beendet, ob Gute Arbeit und ordentliche Mindestlöhne umgesetzt werden, ob eine ökologische Energiewende sozial gestaltet wird und ob Demokratie und Mitbestimmung gefördert werden. Es geht darum, die Interessen der Mehrheit der BürgerInnen in den Mittelpunkt zu stellen, neoliberaler Politik ein Stoppschild zu setzen und die Umverteilungspolitik von Unten nach Oben umzukehren.

Damit ein solches Bündnis Erfolge einfahren kann und die Unterstützung der Men-

schen bekommt, muss man deutlich sagen, dass man es will. Und man muss sagen, warum es besser ist. Besser, als die CDU-Herrschaft fortzusetzen – eine Regierung, von der jeder weiß, dass sie zwar keine Verbesserungen bringt, aber wenigstens die Stabilität des Altbewährten und vermeintliche Sicherheit verspricht. Für einen Wechsel muss man werben. Und man muss ihn vorbereiten. Mit programmatischen Debatten, mit vertrauensbildenden Gesprächen, mit Werbung um Unterstützung zum Beispiel bei Gewerkschaften, bei Umwelt- und Sozialverbänden, in den Kleingartenanlagen oder unter Intellektuellen. Und die Ausgangslage ist in Thüringen nicht schlecht: Es gibt programmatische Gemeinsamkeiten, es gibt gemeinsame politische Erfahrungen und Erfolg und es gibt eingespielte Gesprächsebenen. Nun ist eigentlich nur noch eines wichtig: Anfangen und das Nötige möglich machen. ■

⁵ Stefan Stache: Pfadwechsell! Strategien für eine sozial-ökologische Zeitenwende, in: SPW – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Nr. 3/2013.

☞ Susanne Hennig-Wellsow ist Vorsitzende der Partei DIE LINKE Thüringen und Mitglied des Landtages. Die Diplom-Pädagogin ist bildungspolitische Sprecherin ihrer Fraktion.